

„Ich halte die Verwendung eines generischen Extremismusbegriffes für problematisch“

Der Rechtsextremismusexperte Bernhard Weidinger über extremistische Strömungen, aktuelle Entwicklungen und mögliche Gegenstrategien.

Das Gespräch führte Kathrin Quatember.



FOTO: Simon Weibull

Rechtsextremismus stellt eine Zuspitzung bzw. eine konsequente Übertreibung konservativer, gesellschaftlich zu einem Gutteil hegemonialer Werte und Ansichten dar, so der Rechtsextremismusforscher Bernhard Weidinger.

Kranich: Zum Themenbereich Extremismus lässt sich feststellen, dass es viele unterschiedliche ideologische Phänomene abseits der sogenannten „Mitte“ und daher auch eine Vielfalt an Begrifflichkeiten und Definitionen gibt. Reicht deiner Einschätzung nach der Begriff „Extremismus“ aus?

Weidinger: Ich halte die Verwendung eines generischen Extremismusbegriffes für problematisch, weil er dazu tendiert, grundlegende Differenzen einzuebennen. Im Hinblick auf diese Differenzen wäre meines Erachtens ideologischen Krite-

rien der Vorrang vor formalistischen einzuräumen. Es kann weder unter politischen noch unter wissenschaftlichen Erwägungen egal sein, ob AkteurInnen den Status quo in Richtung einer Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche oder aber in Richtung einer Führerdiktatur und ethnischer Homogenisierung überwinden wollen. Insofern würde ich dafür plädieren, Rechtsextremismus, Linksradikalismus und religiösen Fundamentalismus scharf auseinanderzuhalten, ohne für Überschneidungen in Teilbereichen blind zu werden. Die Eineb-

nung der Unterschiede steht im Dienst einer Entlastung der politischen und gesellschaftlichen „Mitte“, indem sie etwa von dem Umstand ablenkt, dass auch dort Rassismus, die Ethnisierung sozialer Interessenkonflikte und Sozialdarwinismus weit verbreitet sind.

Kranich: Inwieweit suggeriert der Begriff „Extremismus“, dass es sich bei Phänomenen wie den Identitäten u.a. um randständige Erscheinungen handelt, die eigentlich vernachlässigt werden können?

Weidinger: Auch wenn der Begriff einen solchen Schluss nahelegt, können unterschiedliche Definitionen hier doch einen großen Unterschied machen. Der Rechtsextremismusbegriff, den wir im DÖW (*Anm.*: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes) verwenden, geht davon aus, dass Rechtsextremismus lediglich eine Zuspitzung bzw. eine konsequente Übertreibung konservativer, gesellschaftlich zu einem Gutteil hegemonialer Werte und Ansichten darstellt. Illustrieren lässt sich dies etwa anhand des Sozialdarwinismus, der letztlich als Übersteigerung des Leistungs- und Konkurrenzprinzips analysiert werden kann. Ein solches Verständnis von Rechtsextremismus deckt die Verbindungslinien zwischen „Mitte“ und „Rand“ nicht zu, sondern rückt sie vielmehr in den Vordergrund. Damit wirkt er auch der Tendenz entgegen, die Rechtsextremismusproblematik entsprechend gängiger Klischees vom deklassierten jugendlichen Arbeitslosen mit familiärem Vernachlässigungshintergrund auf bestimmte soziale Gruppen einzugrenzen. Eine solche Eingrenzung hat natürlich auch Auswirkungen auf die Frage nach Gegenmaßnahmen. Der erwähnten reduktionistischen Analyse zufolge wäre es mit etwas Sozialarbeit, bei Bedarf ergänzt um polizeiliche Repression, getan. Rassistische Medientexte oder Positionsannahmen zwischen rechtsextremen Parteien und solchen des Zentrums geraten dann völlig aus dem Blick.

Kranich: Welche Strategien im Umgang mit (rechts)extremen Strömungen wären deiner Ansicht nach wirksam?

Weidinger: Politische GegnerInnen der extremen Rechten sind herausgefordert, den rechtsextremen Antworten auf allgemein menschliche Bedürfnisse – etwa nach Sicherheit, nach Anerkennung, nach Sinnstiftung oder danach, die Welt zu verstehen – plausible Alternativen gegenüberzustellen. Diese Alternativen hätten auf Inklusion statt auf Ausgrenzung, auf Solidarität statt Konkurrenz und auf dem Postulat der Gleichheit aller Menschen – einem Postulat, das über die liberale Proklamation einer Gleichheit vor dem Recht hinauszutreiben wäre und auch soziale Gleichheit und gleiche Möglichkeiten zur Partizipa-

tion am politischen und gesellschaftlichen Leben einzuschließen hätte. Verhängnisvoll ist es, wenn MitbewerberInnen der extremen Rechten diese zu schwächen versuchen, indem sie sich rhetorisch von Hassreden abgrenzen, gleichzeitig aber Positionen der extremen Rechten übernehmen und damit die ursprünglichen Träger dieser Positionen legitimieren. JournalistInnen wiederum sollten darauf achten, rechtsextreme Phänomene ihrer politisch-gesellschaftlichen Relevanz entsprechend zu behandeln, anstatt sie im Schielen auf Quote und Auflage hochzuschreiben und dabei auch noch rechtsextreme Selbstdarstellungen zu übernehmen bzw. wiederzugeben. Letzteres ist leider seit geraumer Zeit im Umgang mit den sogenannten „Identitären“ häufig zu beobachten.

Kranich: Was unterscheidet die sogenannte "Neue Rechte" von der alten?

Weidinger: Zunächst wäre festzuhalten, dass der Begriff „Neue Rechte“ selbst schon Teil einer umfassenden rechtsextremen Imagekorrektur-Kampagne ist und meines Erachtens aus diesem Grund nur mit größter Zurückhaltung verwendet werden sollte. Die Modernisierung, die von den selbsternannten Neurechten vollzogen wurde, beschränkt sich weitgehend auf Rhetorik, Ästhetik und Aktionsformen. Alte Forderungen und Konzepte werden mit neuen Begriffen aufgehübscht, man inszeniert sich als hip und jugendlich, bespielt die sozialen Medien und übernimmt aktionistische Elemente von Linken und NGOs. Die dahinterliegende Zielvorstellung ist freilich dieselbe geblieben: globale Apartheid, eine Rück-abwicklung ethnischer Vermischung. Dieses Ziel ließe sich unter den heutigen Bedingungen einer globalisierten Welt und diverser Gesellschaften augenscheinlich nur auf gewaltsamem Weg verwirklichen. Insofern verwundert es nicht, dass „Neue Rechte“ bei allen rhetorischen Anpassungsleistungen immer noch jene Gewalt- und Todesfaszination ausstrahlen, die wir vom historischen Faschismus kennen und die etwa an den allenthalben anzutreffenden Kriegsmetaphern abzulesen ist.

Kranich: Ist es legitim, den sogenannten "Islamischen Staat" als rechtsextremistische Bewegung einzuordnen?

Weidinger: Es gibt zumindest einige gute Argumente für eine solche Einstufung. Die Terrormilizionäre überschneiden sich mit herkömmlichen rechtsextremen Gruppierungen etwa im Ungleichheitsdenken, im Autoritarismus, im Antisemitismus und im fetischistischen Verhältnis zur Gewalt. Besonders offensichtlich ist der Gleichklang bei den Männlichkeitsvorstellungen: In beiden Fällen wird ein soldatisches Männlichkeitsideal hochgehalten, das um Werte wie Wehrhaftigkeit und Opferbereitschaft angeordnet ist. Gleichzeitig bestimmt der IS sein Subjekt nicht nach ethnischen bzw. rassistischen Kriterien – die „Umma“, die Gemeinschaft der Gläubigen, entspricht nicht dem klassischen Konzept der „Volksgemeinschaft“, sondern wird übernational gedacht.

Kranich: Der Begriff des "Wutbürgers" ist in aller Munde. Würdest du so weit gehen, AnhängerInnen von PEGIDA und dessen Ablegern als rechtsextrem zu bezeichnen? Oder braucht es hier einen anderen Zugang?

Weidinger: Eine solche Beurteilung kann seriöser Weise nur für die jeweilige Einzelperson vorgenommen werden. Es wäre zu ermitteln, ob die Motivation zur Teilnahme an entsprechenden Aktivitäten in einem diffusen Gemisch aus Ressentiments, Chauvinismus und Abstiegsängsten besteht oder aber ein einigermaßen gefestigtes und geschlossenes rechtsextremes Weltbild vorliegt. Als Bewegung – sofern dieser Begriff angesichts der relativ lokalen Isoliertheit längerfristig erfolgreicher Mobilisierungen hier überhaupt angemessen ist – kann PEGIDA anhand der Aussagen ihrer SprecherInnen und der von vielen PEGIDA-Gruppen gepflogenen Kooperationen sicherlich im Rechtsextremismus verortet werden.

Kranich: Vielen Dank für das Gespräch.

Bernhard Weidinger ist Mitglied des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes (DÖW) und der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU). Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören u.a. Rechtsextremismus und Neonazismus.